

Bezugs-Preis
In der Hauptausgabe über deren Ausgabe-
stellen abgeholt: Vierteljährlich 4 80., bei
einmaliger Abholung zu Hause 5 80. Durch die Post bezogen für Deutsch-
land u. Österreich vierteljährlich 4 80., für
die übrigen Länder laut Zeitungspreislage.

Redaktion und Expedition:
Zehnhofstraße 8.
Bismarckstr. 155 und 152.

Filialredaktionen:
Ulrich Gajz, Buchenb., Unterföhringstr. 4,
u. Köfke, Kottbuserstr. 14, u. Kötzing, 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Königsplatz 64.
Bismarckstr. Nr. 1718.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Dunder, Oranienburgerstr. 10,
Königsplatz 10.
Bismarckstr. Nr. 4608.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

**Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.**

Anzeigen-Preis
die 6 Spaltenzeitung 25 A.
Kleinanzeigen unter dem Hauptausdruck
(4 Spalten) 75 A. vor den Hauptausdruck
zeitung (6 Spalten) 50 A.
Tabelle für die Anzeigen entsprechend
Höhe. — Gebühren für Nachweisungen und
Offertenannahme 25 A. (vgl. Worte).

Extra-Beilagen (geliefert nur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Postförderung
4 00., mit Postförderung 4 70.)

Annahmefrist für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Sonntags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind nur an die Expedition zu
richten.
Die Expedition ist wochenlang ununterbrochen
geöffnet von früh 6 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Holz in Leipzig.

Nr. 495.

Dienstag den 29. September 1903.

97. Jahrgang.

Amerika und die Mächte in Asien.

v. S. Der asiatische Interessentkampf war in den letzten Monaten infolge der Ereignisse auf dem Balkan und in Ostasien stark in den Vordergrund getreten. Weder von Russland oder Frankreich, noch von England wurden besondere Schritte unternommen, um ihre Herrschaft im östlichen Asien weiter zu fördern und womöglich den maßgebenden Einfluss in Asien zu gewinnen. Es schien, als wollten sich die europäischen Mächte zunächst mit dem Ertrag der Ereignisse begnügen, und Russland war jedenfalls durch die orientalischen Vorgänge in solchem Maße in Anspruch genommen, daß es ohne zwingenden Grund nicht Bewilligungen in Asien machen konnte. So gingen die Dinge in Asien ihren gewöhnlichen Gang. Wohlhaben haben die Vereinigten Staaten in unerwarteter Weise in diesem Jahre von Europa allein beachtliche Geldsummen erhalten und seinen Dank zu bekunden, bei der Ernte ebenfalls dabei zu sein. Bekanntlich hat der amerikanische Generalkonsul in Manila den Auftrag erhalten, in vertraulicher Mission nach Asien zu reisen. Wozu sein Auftrag besteht, wird nicht gesagt. Manche meinen, es handle sich um den Abschluss eines Handelsvertrages und die Erlangung gewisser wirtschaftlicher Vorteile. Von anderer Seite aber wird berichtet, daß Vorgesetzten der Union nicht gegen mehrere europäische Mächte, die in Asien wirtschaftlich politische Zwecke verfolgten. Wie dem auch sei, sicher ist eins, daß die Vereinigten Staaten nicht länger Zuschauer bei den Vorgängen in Asien bleiben wollen.

Unter den Ländern, welche für die Beurteilung der Lage in Asien in Betracht kommen, sind vor allem Frankreich und England zu nennen. Diese wenigstens haben bisher die größten Erfolge erzielt. Frankreich baut seine Interessen von Ostasien nach Asien aus, erhält dadurch die Möglichkeit, in direkter Verbindung mit dem Innern des Landes zu treten, und gewinnt einen bequemeren Schienenweg bis zur Hauptstadt Menelaus. Bekanntlich hat es wegen dieses Vorwandes mannigfache Kämpfe gegeben. England sucht ihn durch sein Kapital in die Hand zu bekommen, und als das nicht aina, veranlaßt es den Regal, Bedingungen an die Konsession zu knüpfen, die von Frankreich nicht erfüllt werden konnten. Gegenwärtig sind aber die Schwierigkeiten überwunden, die Ostasien wird weiter abgebaut, Frankreich und Asien sind, dank dem Geschäft des Monarchen, vollkommen einig. Ja, aus der Rede, welche dieser kürzlich gelegentlich der Eröffnung eines Teiles der Bahnlinie zwischen der Stadt Ouar und der neuen Linie hielt und in welcher er dem Zweck ausdrückte, daß Frankreich und Asien sich zusammenhängen könnten, könnte man im Hinblick auf das Drängen, auf ein besonders intimes Verhältnis beider Staaten schließen. Nebenbei ist es nicht unbedeutend, daß zur Zeit die französische Republik größeren Einfluß als England in Asien ausübt.

Bevor es freilich hat es ebenfalls vorhanden, seine Stellung in Asien zu sichern. Bereits im Jahre 1897 schloß es mit dem Kaiser durch Sir Robert Ross ein vorteilhaftes Abkommen, das ihm nach der politischen wie nach der wirtschaftlichen Seite Nutzen brachte. Dann folgte im Herbst des vorangehenden Jahres der bekannte Handelsvertrag, der England ein Gebiet an den Ufern des Boro-Flusses zur wirtschaftlichen Ausbeutung, wenn auch ohne militärische Verpflichtungen, eintrug. Doch haben die Briten auf diesem Gebiete keine Vorteile getroffen, um die Zugeständnisse auszunutzen; aber sie werden das Gegenteil ebenfalls niemals zuzulassen und jede Macht, die sich ihrer Einflußsphäre nähert, werden sie mit Mühen und feindseliger Gelinnung betreffen.

Mit beiden Staaten werden die Amerikaner es zu tun bekommen, sollten sie ernstlich in den Weltkampf der Nationen im Osten Asiens einzutreten wollen. Dann ist aber Asien auch noch da. Bisher hat in den letzten Jahren eine auffällige Zurückhaltung in Asien gezeigt. Nach den anfänglichen Expeditionen, Geländeaufnahmen und Gesandten, die von Peterburg nach Asien abgeordnet und von dort an die Bama gelangt sind, schienen ein Stillstand in den Unterhandlungen der beiden Regierungen eingetreten zu sein. Erst im Sommer 1902 sah sich der Regal aufs neue veranlaßt, eine besondere Gesandtschaft unter Führung des Vizekonsuls Khuna Mateos nach Petersburg zu schicken, deren eigentlicher Zweck bisher noch nicht bekannt ist. Die aber die Ernennung sich als russischen Gesandten für Asien nach sich zog. Aber auch dieser hat bisher etwas Bemerkenswertes nicht getan, obwohl er vielleicht seinen Einfluß zu gunsten der befreundeten und verbündeten Republik auszuweiten hätte.

Dennoch aber darf man doch nicht glauben, daß das Interesse gelassen sei. Seine asiatische Interessentpolitik aufzugeben. Namentlich, wenn die Vereinigten

Staaten sie ihr freitritt machen wollten. Amerika begegnet demnach in Asien einer Anzahl Gegner aus Europa, die unter sich zwar uneinig sind, niemals jedoch den Interessen der Union das mindeste entgegenkommen zeigen werden.

Wenn man die Aussichten der verschiedenen, in Asien einwirkenden Staaten in Betracht zieht, pflegt man einen wichtigen Faktor an überleben: den Kaiser Menelaus in Person. Dieser ist nicht ein Schatzschatz, er weiß recht genau, was er will, und hat schon oft die europäischen Staaten als Schachfiguren zu bewegen verstanden. Menelaus ist bisher, was auch dagegen gesagt werden kann, durchaus der Herr der Lage geblieben, und anscheinend wird er freiwillig diese Stellung niemals aufgeben. Was die Union die Russen, die Franzosen und die Engländer berücksichtigen oder nicht, in erster Linie müßte sie mit dem Herrscher des Landes rechnen und seine Freundschaft zu gewinnen suchen. Da scheint sie jedoch merkwürdige Mittel anzuwenden. Die Entsendung eines Gesandten an die afrikanische Küste wird schwerlich die Ziele Amerikas fördern und die Mächte willfährig stimmen. Und zum Neuen wird man es in Washington wahrscheinlich auch nicht kommen lassen. Dann würde es sich nur um eine Drohung handeln, die nichts erreicht und nur das Ansehen der Verwaltung herabsetzen müßte. Ernste Konflikte sind, wie die Dinge gegenwärtig liegen, in Asien nicht zu fürchten, aber jedenfalls haben wir vor scharfen diplomatischen Kämpfen, die mit der Zeit wichtige Machtverschiebungen in Asien nach sich ziehen können.

Der Delegiertentag der preussischen Nationalliberalen.

Der am Sonntag in Hannover stattfand, ist glänzend verlaufen. Schon am Vorabend hatten sich mehrere hundert Abgeordnete aus allen Teilen der preussischen Monarchie eingefunden und mit ihnen viele Abgeordnete aus dem Reichstage und bisherige Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses. Besonders lebhaft wurde Wasserbauer begrüßt, der mit seinem Vortrage einen Einblick in die hinter der Partei liegenden wirtschaftlichen Kämpfe, auf die Ergebnisse der Wahltagung und die Bedeutung der preussischen Landtagswahlen für das ganze Reich verknüpfte. Die gestrigen Hauptverhandlungen leitete der Abg. v. Charnow ein und begründete namentlich den Antrag der Partei, Dr. Hammer, dem die Verlesung des Entwurfs übertrug. An dem Kaiser wurde ein Gedenkbuch überreicht. Dem Wahlaufruf sprach in einer großartigen Rede Dr. Sattler über die politischen Aufgaben der jetzigen Lage. Mit der Sozialpolitik des richtigen Weges, des besonnenen und zugleich kräftigen Fortschrittes habe die nationalliberale Partei strenglich bei den Wahlen beharrt. Dieses Verhalten zeichne zugleich die Richtungslinie für die Abgrenzung zur Sozialdemokratie. Auch namens Gewählern habe wohl der Redner Partei die Augen geöffnet. (Heitere Zustimmung.) Jetzt wolle man, wie die Träger der neuen Kultur ausführen. Alle solche radikalen Klassenbewegungen führten immer zur Diktatur des Einzelnen; die brutale Verdrängung des ganz einseitigen Klasseninteresses habe den freiheitsfeindlichen Charakter der Sozialdemokratie offenbart. Der Redner bezeichnete dann die Stellung des Zentrums im neuen Reichstag und brandmarkte unter wachsendem Beifall die Schacherpolitik, zugleich die Politik der preussischen Konservativen als Schleichenträger des Zentrums, die eine Folge der Missleitung zur Vertretung einseitiger Klasseninteressen sei. Die höchste Gefahr drohe von einer konservativ-heraldischen Richtung im Landtag der Volkskammer, und die Zweifel an dem nötigen Rückgrat der Regierung spornen die letzte Kraft an, eine starke nationale und liberale Partei zu erringen. Der Abg. Wallbrecht sprach über die preussische Wirtschaftspolitik und ermahnte an treffenden Beispielen, daß eine gute Verkehrs- und eine gute Sozialpolitik ist.

Der letzte der drei großen Vorträge, die Rede des Abgeordneten Dr. Hadenberg über Kirche und Schule, erweckte sich als eine programmatische Kundgebung, die sich in ihrer Art und ihrer Wirkung den hervorragenden der nationalliberalen Parteigeschichte an die Seite stellt. Es war eine Aufrechnung und Abrechnung mit dem Zentrum und seines kulturfeindlichen Radikalismus, ein stimmungsvoller Ruf und Klarnetz zur Wahrung der geistigen Güter, heraus entwickelt aus den Heiden, die sprechen, aus der Mund eines Gemeindeglieds, das der Redner mit großer Kraft der Kritik nach Form wie Inhalt unter wachsendem Beifall vorführte. Er stieß die Grenzen ab mit scharfer Danks, zeigte die Aufgaben der liberalen Volkspartei und belebte den Glauben an einen die Kräfte nach wie vor bestehenden Idealismus. Die Verlesung konnte sich der hiesigen Beifall der Rede nicht entziehen. Eine nicht unerwollte Kundgebung leitete der Redner im richtigen Geiste durch, was dieser Appell für den Wahlkampf wert sein kann. Erst nach einer Pause konnte in eine Erweiterung eingetreten werden, die seinen großen Umfang annahm. Einen mehrfach erwähnten Antrag Berlin betreffend alljährliche öffentliche Parteitage überwiegen über dem Zentralverband; der andere Berliner Antrag über das etwaige Zusammengehen mit Sozialdemokraten zu Wahlzwecken fand so gut wie kein Echo. Der Kaiser Delegierte Bau erklärte, daß der Verband der nationalliberalen Jugendvereine damit nicht zu tun habe. (Beifolger Beifall.) Siebert-Hagen und Dr. Lehmann-Kreuznach wiesen unter dem Beifall der Versammlung die Möglichkeit der Entretens für einen Sozialdemokraten gegen eine andere Partei, auch gegen das Zentrum, ab. Einstimmig wurde sodann der folgende

Wahlaufruf für die preussischen Landtagswahlen angenommen.

Die nationalliberale Partei kann mit Befriedigung und Genugtuung auf die Reichstagswahlen zurückblicken. Sie hat einen Barock von 300 000 Stimmen erhalten. In weiten Kreisen des Volkes ist das Vertrauen auf sie gewachsen. Massen von Wählern sind mit ihr von der Bedeutung der alten nationalen und liberalen Grundzüge erfüllt, stimmen sie aus voller Überzeugung zu in der gesuchten Förderung des wirtschaftlichen Wohlbefindens aller Reichsleuten, in der kräftigen, aber besonnenen Weiterentwicklung einer wahrhaft menschenwürdigen, sozialpolitischen Gesetzgebung und Beseitigung der Schätze des Schwachsinnigen.

Weder hat aber zugleich die Stimmen der sozialdemokratischen Partei, deren staats- und gesellschaftsfeindliche Bestrebungen durch die Legung in Dresden von neuem in volles Licht gestellt sind, in gefährlicher Weise zuzunehmen. Der Kampf gegen diese in Wahrheit rückwärtige Partei bleibt nach wie vor unsere nationale und liberale Pflicht. Verzicht aber wäre es, die Absicht der sozialdemokratischen Partei von einer realistischen Politik zu ermahnen.

Unsere Aufgabe ist es, dem Rückschritt an jeder Stelle und in jeder Form entgegenzutreten. Das muß unser Ziel auch bei den bevorstehenden Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhause sein. Mit frischem Mut und vollem Vertrauen kann die nationalliberale Partei sich den Wahlen zuwenden.

Es beharf hierzu keiner erneuten programmatischen Kundgebung über Grundzüge und Ziele. Auf die Annahme der gegenwärtigen politischen Lage und der Bedeutung der Wahlen kommt es an.

Im Reichstage ist die Regierung in Fragen der nationalen Wohlfahrt und der des auf Grund der neuen Zolltarife abzuschließenden Handelsverträge auf die Unterstützung des Zentrums angewiesen. Dafür wird dieses Zugeschuldete auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung in Preußen zu erlangen haben. Noch größer als bisher ist darum die Gefahr des weiteren Annahmens der Macht des Zentrums.

In keinem anderen, die Schule der Reichstagspolitik zu unternehmen, hat das Zentrum in einem großen Teil der konservativen Kreise einen willkürlichen Bundesgenossen. Feindlich erachtet ist man eine neue Regelung der Unterhaltungsfrage der Volksschulen im Interesse der Gemeindeglieder, der Lehrer und besonders der Schule selbst. Wohl ist es eine konservativ-nationalliberalen Vereinigung die dieser Regelung mit ihren Bestrebungen nachzugeben, so würde dies für die Bildung und Kultur unseres Volkes von den verhängnisvollsten Folgen sein.

Die Konservativen, denen in der Verwaltung ein Übergewicht, nicht im Interesse des Landes eingetretet ist, verfolgen mehr und mehr eine einseitige Interessenpolitik, während eine weiche Politik wie alles Landestrieb so allen Berufswissen gerecht werden muß. Wie die erforderliche Regallerung der Plätze zur Beherrschung der immer wachsenden Schöpfung in erster Reihe der Landwirtschaft zugute kommen soll und wie, so daß an der Verwaltung unserer Pflanze untereinander durch löstungsfähige Wasserkräften eines Jutabes und Handel wie die Unternehmlichkeit interessiert. Die Verwertung der Kanalarbeit durch eine aus Konservativen und Zentrum bestehende Mehrheit hat die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes schwer geschädigt. Ihre unerwartete Wiedererlangung muß deshalb eine der ersten Forderungen der nationalliberalen Partei sein.

Rückschritt und Rückständigkeit bedrohen uns.

Ihre Bekämpfung wird erzwungen durch das Landtagswahlrecht in seiner gegenwärtigen Gestaltung. Eine jetzige Reform des Dreifachwahlrechts ist anzustreben, insbesondere auch eine gerechtere Abgrenzung der Wahlbezirke und Beteiligung der unteren Klassen in den Wahlbezirken.

Der Wahlkampf wird schwer sein. Die Gegner sind zahlreich und mächtig. Bei der Regierung sehen wir in der Polenfrage eine zielbewusste, deutsche Politik, welche unsere Partei mit ganzen Herzen unterstützt. Aber die Regierung muß auch die Gefahren der Klassen- und Interessenpolitik, sowie der immer weiter voranschreitenden Ultramonarchismus mit der gleichen Festigkeit bekämpfen. Es gilt bei den Wahlen eine Weiche zu schaffen, welche dazu die nötige Stütze bietet, die Berücksichtigung der Gesamtinteressen des Volkes gewährleistet, alle Mischlinge in der Verwaltung rückhaltlos ausweist und beseitigt.

Aus eigener Kraft, unabhängig nach allen Seiten, wollen wir unsere Überzeugungen vertreten, in deren freier Durchführung wir für das Wohl unseres Volkes den richtigen Weg erblicken.

Denn auf zur Wahl mit Mut und Selbstvertrauen! Daß wir an die Arbeit gehen, erfüllt von nationaler Begeisterung, durchläßt von der Überzeugung, daß wir in einem innerlich gesicherten Staatswesen und auf freiwilliger Grundlage eine geistliche Weiterentwicklung unserer Bildung und Kultur sich ermöglichen läßt. Es gilt, die Wähler aufzuklären und aufzurufen, die Bedeutung der Ziele und die Größe der Gefahr ihnen vor Augen zu führen. Es geht ein jeder seine beste Kraft ein und Mitleid im Interesse des Vaterlandes für den Sieg der nationalen und liberalen Partei.

Deutsches Reich.

4. Berlin, 28. September. (Stenerfragen.) Im Oktoberhefte der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht der Völklinger Nationalvereinsrat einen ersten Teil einer Untersuchung über die Steuern und Steuerreformen im Reich und in Preußen. Cohn steht selbstverständlich auf dem Standpunkte, daß die Schulden des Reiches ein Hindernis in der Entwicklung seiner Finanzen bedeuten, der verkleinert werden muß. Dazu kommt, daß dem Vorgange ausländischer Staaten, eine Reform der Tabak- und der Biersteuer

dienen, die beifolgende in England und Frankreich bedeutend größere Erträge bringen als bei uns. Daß aber mit einer härteren Belastung des Tabaks und des Bieres eine wesentliche Belastung breiter Schichten der Bevölkerung verbunden wäre, stellt Cohn nicht in Abrede. Einer Reichseinkommensteuer ist Cohn nicht geneigt, zumal die Einzelstaaten sich ihrer schon bemächtigt haben, und die Einkommensteuer-Verordnung der einzelnen Länder vorher in Uebereinstimmung gebracht werden müßte. Dagegen sei eine Reichserbschaftsteuer nicht ein Ueberbau über die vorhandenen, fast durchwegs ganz niedrigen Erbschaftsteuern der Einzelstaaten, sobald die Erbschaftsteuer derselben ein Recht wäre. Eine Reichssteuersteuer, wie sie in Österreich, Frankreich und Rußland schon besteht, findet vollends den Beifall des Völklinger Nationalvereinsratens. Die ehemals die uns dagegen eingetragenen Argumente von der Freie der Wehrpflicht, von der Wehrberufung des Postales und vergleicht mehr, beruht auf Unklarheiten und Mißverständnissen und seien heute kaum noch so mächtig wie früher. Inzwischen habe die preussische Regierung eine Verfügung erlassen, die in engerem Kreise, aber desto bemerkenswerter, den Gedanken der Wehrsteuer vertritt. Seit dem Jahre 1901, schreibt Cohn hierüber, wird in Preußen die Erfüllung der Wehrpflicht den Staatsbeamten auf ihr Dienstalter angeschlossen, insoweit als die dafür verbrauchte Zeit der Vorbildung zum Staatsdienst verlängert hat. Angesichts dieser amtlichen Anerkennung kann der Gedanke der Wehrsteuer nicht mehr in Frage gestellt werden wie einstmal. Wenn einem fähigen Manne die Last des Wehrdienstes gut gemacht wird durch eine Ausgleichsmaßregel, dann sollte man dieselbe Gerechtigkeit einem Dienstverpflichteten vorzuziehen gegenüber feindlichen? Und eine Ausgleichung der Gerechtigkeit ist es auf die eine oder die andere Weise, ob der mit dem Wehrdienst belastete dafür einen Vorteil erhält oder der dem Wehrdienst Freizeite dafür mit einer Abgabe belastet wird. Namentlich aber wird, wenn einmal die Gerechtigkeit einer solchen Ausgleichung anerkannt ist, dieselbe sich vorzugsweise auf die zahlungsfähigeren Schichten der Bevölkerung erstrecken müssen, weil hier so viel mehr Grund und freier mehr Verfügungskraft zur Ausgleichung vorhanden ist. — Mit einer Erhöhung der Offizierspensionen darf die Wehrsteuerfrage allerdings nicht in Verbindung gebracht werden, wie das vor einiger Zeit leider geschehen ist. Verkopplungen solcher Art bringen auch die triftigsten Argumente für die Wehrsteuer zum Schanden.

Δ. Berlin, 28. September. (Staat und katholische Kirche in Frankreich und in Preußen.) Die von berufenen Seite behauptete Wahrheit, daß die katholische Kirche sich in keinem der leitenden Kulturstaaten so frei entfalten könne, wie im Deutschen Reich, verdient, so oft, wie angebracht ist, wiederholt zu werden. Mit Recht führt W. Willenbrock-Röhm in einer solchen erhellenden Arbeit: „Staat und katholische Kirche in Frankreich und in Preußen“ (Heft 18 der Bibliothek für Politik und Volkswirtschaft, herausgegeben von Professor Dr. O. H. Meyer, Stuttgart, Mitglied des Reichstages, und E. H. Pöggendorf, Großhändler, Mitglied des Reichstages, Verlag von H. Pöggendorf) aus, wie das Verhalten der kirchlichen Politiker häufig im unangehörigen Verhältnis steht zu der Behauptung, die ihre Kirche durch den Staat in Frankreich und in Preußen. In Frankreich hält der Staat die Kirche in einer bestmöglich strengen Zucht. Trotzdem weiß dort die Kirche der „Not der Zeiten“ in weitgehendem Maße zu gehorchen, und nicht selten fällt sie die Hand, von der sie geschlagen wird. Wie wenig der Verfasser daran denkt, die Entwicklung in Frankreich als unzulässig anzusehen, geschweige als maßgebend für deutsche Verhältnisse, geht aus der Art hervor, wie er den Unterschied des religiösen Lebens in Frankreich und in Deutschland darstellt. Es wäre zu wünschen, daß mehr deutsche Katholiken aus eigener Anschauung die religiösen Verhältnisse in Frankreich kennen lernen. Sie würden über den mangelhaften Standesbefund in Stadt und Land hören, die sie sich Sonntag in hellen Chören zum Gottesdienste einfinden, wenn der deutsche Choral mit mächtiger Orgelbegleitung durch das Schiff ertönt, — in Frankreich ist der Gemeindebesuch in der Kirche längst unterdrückt —, oder, wenn sie drinnen keinen Platz mehr gefunden, anständig unter dem Vorbogen geduldet stehen. Die Gemütsverfassung, die der Deutsche bei der Rückbildung seiner Religion befindet, würden sie bei den westlichen Franzosen vergebens suchen. Von der Pariser Bevölkerung ist ein Viertel nicht getauft und nicht zur Kommunion gegangen, ein Drittel der Bevölkerung findet in Paris ohne kirchlichen Beistand statt. Mit Recht hebt der Verfasser hervor, in Deutschland geht das Streben der liberalen Politiker fortwährend dahin, das blühende religiöse Leben der Katholiken zu kränken, keine engherzige Behandlung der Kirche, wie in Frankreich, so läßt er sich in seinem Schlußwort vernehmen, aber auch keine solche Verhinderung des kirchlichen Lebens wie in Preußen. Auf dem Boden der Verfassung und des Verwaltungsrechts hat sich in Preußen und im Reich ein Ausgleich gefunden, wie er für alle Reichsteile, denen es auf die Religion ankommt, nicht befriedigender sein kann, wie er aber in Frankreich wohl kaum mehr gefunden wird. Das preussische kirchenpolitische System hat sich aus dem Gedanken der Toleranz langsam, wenn auch, wie überall, nicht ohne Kuck, entwickelt und wird der wirklichen Religion weiter nützlich sein, wenn auch weiten von Toleranz geredet und Unbilligkeit gemeint wird, gerade wie einst unter dem französischen Königtum der adlige und der geistliche Stand einen demokratischen Ton annehmen, nicht um dem gemeinen Manne Freiheit zu verschaffen, sondern um das Volk von der Macht der Monarchie auf die Höhe abzulassen.

○. Berlin, 28. September. (Telegramm.) Der Reichsanwalt des Innern Konradt hat die Verhandlungen über den Verband Deutscher Transportvereine (Leistungsbüro - Zentralrat) hat, außer den Vertretern des